

Mai/Juni 2008

Termine

27.05.2008-01.06.2008
ILA - Internationale Luft- und
Raumfahrtausstellung in Berlin

31.05.2008-03.06.2008
Jugend und Parlament im
Deutschen Bundestag

02.06.2008-06.06.2008
Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

04.06.2008-05.06.2008
Sitzungswoche
Europäisches Parlament
Straßburg



07.06.2008-29.06.2008
Fußball-Europameisterschaft

16.06.2008-20.06.2008
Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

16.06.2008-19.06.2008
Sitzungswoche
Europäisches Parlament
Straßburg

23.06.2008
CDU-Bundesvorstand

23.06.2008-27.06.2008
Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Der Aufschwung in Deutschland setzt sich im laufenden Jahr weiter fort. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im ersten Quartal 2008 so stark wie seit zwölf Jahren nicht mehr. Allen Unkenrufen zum Trotz wird die Bundesrepublik auch ihren Titel als Exportweltmeister gegen China verteidigen. Allein von Januar bis März stiegen die Ausfuhren um 21 % auf umgerechnet 379 Milliarden Dollar und sorgten damit für einen Vorsprung, der den Fachleuten als überaus schwer einholbar gilt.



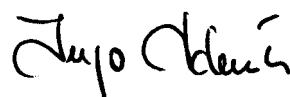
Die erfreulichsten Auswirkungen hat die gute Konjunktur jedoch auf den Stellenmarkt für Jugendliche unter 25 Jahren. Die Zahl der Arbeitslosen in dieser Altersgruppe ist seit April 2005 um 297.000 zurückgegangen. Sie hat sich damit annähernd halbiert. Dies ist ein wichtiger Teilerfolg, der jungen Menschen neue Perspektiven eröffnet. Er ist im wesentlichen das Ergebnis richtiger Entscheidungen der Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel. Die CDU/CSU-Fraktion wird diesen Weg weiterverfolgen. Wir lehnen daher die Pläne der SPD zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer ab. Die

Einnahmen hieraus belasten in erster Linie die Mittelschicht und gefährden so die Schaffung weiterer Arbeitsplätze.

Richtigerweise steht für die Bundesregierung vielmehr der Ausbau des Wissenschaftsstandortes Deutschland im Vordergrund. So investieren wir in Forschung und Innovation in diesem Jahr die Rekordsumme von 11,2 Milliarden Euro. Eine weitere Steigerung in 2009 wird folgen. Unser Ziel bleibt, dass Staat und Wirtschaft gemeinsam bis 2010 drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklung neuer zukunftsorientierter Technologien und Verfahren aufwenden. Nur durch den kontinuierlichen Ausbau dieser Bereiche sichern wir langfristig unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der europäischen wie weltweiten Konkurrenz. Bereits jetzt hat sich durch die sogenannte Hightech-Strategie der Bundesregierung das Investitionsklima deutlich verbessert. Erstmals nach langem Stillstand sind die Forschungsausgaben der Unternehmen seit 2005 wieder gestiegen, und zwar um 4,2 Milliarden Euro auf insgesamt 42,8 Milliarden Euro. Weitere Zuwächse werden seitens der Industrie in Aussicht gestellt.

Damit gehören wir in der Europäischen Union nunmehr zu den führenden Ländern bei der Wissenschaftsförderung. Die Schwerpunkte liegen dabei auf den Gebieten Gesundheit, Klimaschutz und Erschließung alternativer Energiequellen. Lediglich in Skandinavien werden teilweise mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben. Es wäre zu wünschen, dass der rot-rote Senat in Berlin mit Adlershof und der zur Elite erhobenen Freien Universität endlich ebenfalls seine Anstrengungen intensiviert, um beispielsweise mehr Biotech-Firmen an die Spree zu holen. Bislang konnte er auf diesem Gebiet wie in so vielen anderen Fragen nicht überzeugen.

Mit freundlichen Grüßen



Ingo Schmitt, MdB

Besuch des Dalai Lama im Auswärtigen Ausschuss in Berlin

Von Karl-Georg Wellmann, MdB

Die deutsche Politik ist sich in der Substanz der Tibetfrage einig. Dies zeigte der Besuch des Dalai Lama im Auswärtigen Ausschuss am 19. Mai 2008 in Berlin. Der Dalai Lama ist wie kaum ein anderer geistiger Führer in der Welt als friedlicher Werber für die Rechte seines Volkes anerkannt. Unermüdlich hat er in der Vergangenheit und auch jetzt in Berlin die Repressionen der chinesischen Staatsführung gegenüber den Tibetern thematisiert und eine friedliche Lösung des Konfliktes angemahnt.

Im Konflikt zwischen China und Tibet müssen wir behutsam reagieren. Der Dalai Lama betonte in unserem Gespräch, dass Tibet stolz sei, ein Teil der chinesischen Nation zu sein. Tibet strebe keine Loslösung von China an; aber es müsse die Möglichkeit haben, seine religiöse und kulturelle Identität zu wahren und dürfe nicht diskriminiert werden. Wir unterstützen die Tibeter ausdrücklich in diesem Wunsch. Nun gilt es, das verlorene gegenseitige Vertrauen wieder aufzubauen, um langfristig normale Gespräche zu ermöglichen. Ein Gespräch mit dem Dalai Lama könnte möglicherweise die letzte Chance sein, um zu einem friedlichen Dialog und zu einer

Beilegung des jahrzehntelangen Konflikts zu kommen. Der Dalai Lama ist der Einzige, der derzeit in der Lage ist, die Interessen des tibetischen Volkes nachdrücklich zu vertreten und den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen. Der langjährige Dialog mit der chinesischen Regierung muss weitergeführt werden. Die Tibetkrise hat gezeigt: Chinas wirtschaftliche Erfolge verstellen oftmals den Blick darauf, dass China ein Vielvölkerstaat ist, dessen Stabilität durch gewaltige soziale und ökologische Probleme gefährdet ist. Unsere gewachsenen Beziehungen zu China sollten wir nutzen, um die Regierung in Peking bei der friedlichen Gestaltung der kulturellen Autonomie Tibets zu unterstützen.

Der überraschend offene Umgang der chinesischen Führung mit der Erdbebenkatastrophe ist zu begrüßen. Mit dieser relativ transparenten Informationspolitik hebt sich die chinesische Staatsführung positiv von der Militärjunta in Birma ab. Es bleibt zu hoffen, dass sich Chinas „neuer“ Umgang mit der öffentlichen Berichterstattung weiter fortsetzt. Und es wäre zu wünschen, dass China diese Offenheit auch auf menschenrechtliche Themen wie den Umgang mit dem Dalai Lama und die Tibetfrage überträgt.

Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Bücherverbrennung mit Ulrich Matthes

Anlässlich des 75. Jahrestages der Bücherverbrennung am 10. Mai 2008 lud **Prof. Monika Grütters, MdB**, gemeinsam mit der überfraktionellen Kulturinitiative des Bundestages zu einer Gedenkveranstaltung in die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft und präsentierte den bekannten Film- und Theaterschauspieler Ulrich Matthes, der Texte aus damals verbrannten Büchern las.

Am 10. Mai 1933 brannten in vielen deutschen Städten Scheiterhaufen von Büchern. Die „Verbrennungsfeiern“, bei denen Werke von Heinrich Heine, Erich Kästner, Sigmund Freud, Bertolt Brecht und vielen anderen Autoren unter bösen Schmähungen vernichtet wurden, waren von der nationalsozialistischen „Deutschen Studentenschaft“ organisiert worden. In ihrem Eingangsstatement wies **Monika Grütters** darauf hin, dass es wichtig ist, immer wieder an diese Ereignisse

zu erinnern, damit sie sich niemals wiederholen. Ebenso wichtig sei es aber, die Texte, die Literatur selbst lebendig zu halten.

Nach Beiträgen der anderen Mitglieder der überfraktionellen Kulturinitiative begann Ulrich Matthes, der mit seiner prägnant-sinnlichen Stimme die Zuhörer im Innersten berührte. Ulrich Matthes, der am Deutschen Theater Berlin begeistert und den Joseph Goebbels an der Seite von Corinna Harfouch in dem oskarnominierten Film *Der Untergang* verkörperte, las unter anderem Gedichte von Erich Kästner, Kurt Tucholsky, Mascha Kaléko oder Heinrich Heine. Insbesondere mit seinem Lieblingsgedicht, der „Marie A.“ von Bert Brecht, bestätigte Ulrich Matthes, dass er ein Schauspieler ist, der „denkend“ an Texte herangeht und so seine Zuhörer nachhaltig beeindruckt.

Unverantwortlicher Umgang mit EU-Reformvertrag

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion herrscht Entsetzen über den Berliner Senat und dessen Abstimmungsverhalten im Bundesrat zu dem EU-Reformvertrag von Lissabon.

Der Bundestagsabgeordnete und langjährige Europapolitiker **Ingo Schmitt** nennt die Enthaltung empörend. „Die deutsche Hauptstadt hat damit als einziges Bundesland der wichtigsten Entscheidung seit Unterzeichnung der Römischen Verträge nicht zugestimmt. Auch aufgrund der vorangegangenen kleinkarierten, unwürdigen Auseinandersetzung hat sie ein jämmerliches Bild abgegeben“, sagt er. Für **Schmitt** ist es in höchstem Maße verantwortungslos, dass der Regierende Bürgermeister dem billigen Populismus des Vorsitzenden der Linken, Lafontaine, nachgegeben hat. Der anschließende Hinweis, die Partei sei auf Bundesebene nicht regierungsfähig, greift indes zu kurz, trägt doch der hiesige Landesver-

band einen gehörigen Anteil eigener Mitschuld an der Misere. So hatte Wirtschaftsminister Wolf seinen Genossen bereits im April öffentlich zugesagt, Berlin werde sich definitiv enthalten. Es ist kaum auszudenken, was geschehen wäre, wenn es auf das Votum der rot-roten Koalition angekommen wäre.

Überdies ist die ablehnende Position in der Sache schlichtweg falsch. Die Europäische Union wird durch den Reformvertrag demokratischer und transparenter. Insbesondere das Europäische Parlament erhält einen weitreichenden Zuwachs an Befugnissen. Die seit vielen Jahren zu Recht geforderte Haushaltssouveränität der Abgeordneten wird jetzt endlich hergestellt. Hinzu kommt ein größeres Mitspracherecht der nationalen Volksvertretungen, die gegen Rechtsakte der EU künftig eigenständig Einspruch erheben können.

Mit Mitarbeiterbeteiligung zu mehr Teilhabe am Aufschwung

Von Kai Wegner, MdB

Im vergangenen Jahr hat eine CDU/CSU-Arbeitsgruppe erstmals ein Konzept zur Förderung der Mitarbeiterbeteiligung vorgestellt. Das Konzept der „Sozialen Kapitalpartnerschaft“ hat vor allem ein Ziel: Eine breitere finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Kapital und wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens sicherzustellen und die Menschen stärker am Aufschwung in unserem Land zu beteiligen.

Aber auch aus Unternehmenssicht ist eine Mitarbeiterbeteiligung in Form einer „Sozialen Kapitalpartnerschaft“ reizvoll. Denn der Erfolg eines Unternehmens hängt in erster Linie von den Menschen ab, die dafür tätig sind. Das Unternehmen lebt quasi von der Motivation, Kreativität und dem Engagement seiner Beschäftigten. Bei einer Mitarbeiterbeteiligung werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer direkt und proportional am Erfolg des eigenen Unternehmens beteiligt. Dies schafft den Anreiz für alle Beteiligten, Bestleistungen zu zeigen.

Und noch einen entscheidenden Vorteil bietet das Konzept der „Sozialen Kapitalpartnerschaft“ für beide Seiten: Die Belegschaft erhält je nach Art der Beteiligung größere Mitsprachemöglichkeiten im eigenen Unternehmen. Abhängig von der Form der Kapitalbeteiligung können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so „feindliche Übernahmen“ von Finanzinvestoren erschweren oder sogar verhindern, wenn diese statt des langfristigen Wohls des Unternehmens und seiner Arbeitsplätze lediglich die kurzfristige Profitmaximierung im Auge haben.

Nachdem die CDU/CSU-Arbeitsgruppe ihr Konzept der Mitarbeiterbeteiligung vorgestellt hatte, wurde die Erwartungshaltung der Öffentlichkeit gegenüber der SPD so groß, dass auch sie ein Konzept erstellte. Dies ist umso erfreulicher, da bis zu diesem Zeitpunkt die SPD in den Fragen der Mitarbeiterbeteiligung eher zurückhaltend war. Beide Konzepte bieten beachtliche Schnittmengen, so dass man sich jüngst auf einen tragfähiges gemeinsames Konzept verständigen

konnte. Die Union konnte dabei die zentralen Punkte ihres Konzeptes der „Sozialen Kapitalpartnerschaft“ gegenüber dem Koalitionspartner durchsetzen. Dies lag weniger an der besseren Verhandlungsführung der Union, sondern an der Tatsache, dass einige Elemente des SPD-Konzepts schlichtweg unpraktikabel oder sogar kontraproduktiv gewesen wären.

Im Kern sieht der gefundene Kompromiss vor, Arbeitnehmern oder Arbeitgebern keine Pflicht aufzuerlegen, ob und in welcher Form sie sich an seinem Unternehmen beteiligen. Vielmehr sollen die Vorteile der Mitarbeiterbeteiligung durch zusätzliche finanzielle Anreize ergänzt werden, um die Beteiligung am eigenen Unternehmen auch finanziell noch attraktiver zu machen. Eine Einheitslösung per Zwang, wie die SPD es wollte, durchzusetzen, halte ich für falsch. Aus meiner Sicht kann so eine Beteiligung nur zum Wohle beider Seiten funktionieren. Arbeitgeber und -nehmer müssen je nach Situation des Unternehmens die sinnvollste Form der Beteiligung selbst bestimmen.

Ich halte deshalb den gefundenen Kompromiss für richtig und notwendig, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland stärker als bisher geschehen am Aufschwung zu beteiligen. Mit ihrem Konzept der „Sozialen Kapitalpartnerschaften“ hat die Union ein seit Jahrzehnten schlummerndes Thema nicht nur wiederbelebt, sondern auch einen wichtigen Schritt vorgebracht.



Mitarbeiterbeteiligungen bieten Vorteile für Arbeitnehmer und Arbeitgeber

Besuch in Berliner Künstlerateliers

Zu einem gemeinsamen Besuch in zwei Berliner Künstlerateliers am 7. Mai 2008 lud Monika Grütters Bundestagskollegen und interessierte Berlinerinnen und Berliner ein. Für sie öffneten der Maler Laszlo Lakner und der Grafikdesigner GRACO ihre sonst nicht zugänglichen Arbeitsräume.

Den Auftakt des Abends bildete der Besuch im Atelier des ungarischen Malers Laszlo Lakner ganz in der Nähe des Bundestages. Schon seit Jahren lebt und arbeitet der Künstler in Berlin. Er berichtete über seinen künstlerischen Lebensweg und gab den Abgeordneten und Kulturfreunden Auskunft auf ihre Fragen zu seinen Werken. Markenzeichen seiner Arbeit bilden skripturale Elemente in Verbindung mit philosophischen Motiven. Im Anschluss fuhr die Gruppe nach Berlin - Prenzlauer Berg. Dort präsentierte der Geschäftsführer des Grafikdesignbüros GRACO die Atelierräume und verschiedene Arbeiten im ehemaligen Umspannwerk Marienburg. Vertreter der GRACO GmbH schilderten die Arbeitsabläufe im Designunternehmen vom ersten Ideenentwurf bis zur Abfertigung des Auftrages in der Druckerei. Darüber hinaus erläuterten Sie den Gästen das Konzept des Unternehmens. GRACO ist Gründungsmitglied der Initiative „create Berlin“. Die Initiative wurde 2006 ins Leben gerufen, nachdem Berlin von der UNESCO Berlin den Status „Stadt des Designs“ erhielt. „Create Berlin“ ist ein Netzwerk der Berliner Design-Community. Ziel ist es, Designprojekte der Berliner Kreativwirtschaft im In- und Ausland zu fördern und auf diese Weise die Außendarstellung des Kreativstandort Berlin zu entwickeln.

Abschließend wurden die Bundestagsabgeordneten durch das bemerkenswerte ehemalige Industriegebäude geführt, das 2007 zu einem Büro- und Gewerbestandort umgebaut wurde. Mehrere kreative Design- und Druckunternehmen haben sich dort bereits angesiedelt.

Wohn-Riester voraussichtlich noch in 2008

Von Peter Rzepka, MdB

Ein Eigenheim oder eine selbst genutzte Wohnung gilt als gute Altersvorsorge und soll nun nach dem Willen der großen Koalition in die Förderung der Riester-Produkte einbezogen werden.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Riester-Förderung zum Erwerb von Wohnimmobilien oder Wohngenossenschaftsanteilen in drei Varianten in Anspruch genommen werden kann:

- Die zur Tilgung der aufgenommenen Darlehen eingesetzten Mittel werden als Altersvorsorgebeiträge steuerlich gefördert; die steuerliche Förderung wird ebenfalls zur Tilgung verwandt.
- Es ist auch möglich, angespartes und steuerlich gefördertes Kapital aus Riester-Renten-Verträgen für die Finanzierung der Immobilie zu verwenden.
- Als dritte Variante soll es die Förderung für Bausparverträge

und für Vorfinanzierungen von Bauspardarlehen geben.

Hinsichtlich der Rendite ist die Wohn-Riester-Förderung ebenfalls interessant. Wie bei allen Riester-Produkten gilt auch hier: während der Sparphase sind die Beiträge steuerfrei. Am Ende der Sparphase, dann wenn bei den Rentenverträgen die Auszahlungen der Renten beginnen, werden die Leistungen besteuert. Dazu wird bei Wohn-Riester das in der Immobilie gebundene steuerlich geförderte Kapital in einem sogenannten „Wohnförderkonto“ erfasst.

Zu Beginn der „Auszahlungsphase“ gibt es ein Optionsmodell, bei dem der Leistungsbezieher seine Steuerschuld mit einem Abschlag von 70% auf seinen individuellen Steuersatz mit einem Schlag begleichen kann. Oder aber er entscheidet sich, das geförderte Kapital über einen bis 23 Jahre langen Zeitraum zu versteuern.

Wassertankstelle an der Scharfen Lanke öffnet rechtzeitig zur neuen Saison

Von Kai Wegner, MdB

Berlin und speziell die Havelstadt Spandau haben zu Recht den Ruf, Hochburgen des Wassersports zu sein. Allerdings mehren sich seit geraumer Zeit die Hinweise, dass die Anliegen der Wassersportfreunde immer wieder auf „taube Ohren“ stoßen. So auch im Fall der Wiedererrichtung der Wassertankstelle an der Spandauer Marina Lanke Werft.

Bereits seit anderthalb Jahren gibt es für motorisierte Wassersportfreunde im Land Berlin keine Wassertankstelle mehr. Um das eigene Boot zu betanken, mussten lange Wege oder das

Mitführen von Kanistern in Kauf genommen werden. Auf Grund der Initiative von Peter Twelkmeyer, Eigentümer der Marina Lanke Werft, und der Mithilfe des Spandauer Bundestagsabgeordneten **Kai Wegner** ist es gelungen, die Wiedererrichtung der Wassertankstelle trotz bürokratischer Winkelzüge des Fischereiamtes und der Tatenlosigkeit des Berliner Senats rechtzeitig zur neuen Wassersport-Saison sicherzustellen. Die Wiedereröffnung der Wassertankstelle ist für geschätzte 50.000 Berliner Bootsfreunde eine deutliche Erleichterung und darüber hinaus ein wichtiger Beitrag für Umweltschutz und Tourismus.

KONTAKT

Die Bundestagsabgeordneten der
Berliner Landesgruppe
in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Ingo Schmitt
Landesgruppenvorsitzender

Tel: 030. 227-79362
Fax: 030. 227-76463
www.ingo-schmitt.de

ingo.schmitt@bundestag.de



Prof. Monika Grütters

Tel: 030. 227-70222
Fax: 030. 227-76223
www.monika-gruetters.de

monika.gruetters@bundestag.de



Peter Rzepka

Tel: 030. 227-70999
Fax: 030. 227-76999
www.peter-rzepka.de

peter.rzepka@bundestag.de



Kai Wegner

Tel: 030. 227-77610
Fax: 030. 227-76312
www.kai-wegner.de

kai.wegner@bundestag.de



Karl-Georg Wellmann

Tel: 030. 227-70300
Fax: 030. 227-76304
www.wellmann-berlin.de

karl-georg.wellmann@bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 - 10111 Berlin